

Grundsatzpapier Familienpolitik

Familienpolitik gehört zu den dringendsten Agenden, mit der sich die Politik zu beschäftigen hat. Kinder sind für jede Gesellschaft eine Bereicherung für sich – ohne wenn und aber. Kinder stellen einen wichtigen Baustein in unserem Wertesystem dar und tragen viel zu dessen Erhalt bei. Von 1999 bis 2003 ist die Anzahl Geburten in unserem Land vom 430 auf 347 Kinder pro Jahr gefallen. Dies entsprach im Jahr 2003 einer Geburtenrate von 1,36 Kindern pro Jahr. Um die nächste Generation zu sichern, benötigen wir eine Geburtenrate von durchschnittlich 2.1 Kindern. Gemäss den aktuellsten erhobenen Zahlen aus dem Jahr 2005 liegt Liechtenstein derzeit bei 1,5 Kindern pro Frau, was dem europäischen Mittelfeld entspricht. Gleichzeitig nimmt die Lebenserwartung in der europäischen Gesellschaft stetig zu.

Unsere Bevölkerungsstruktur gleicht je länger je mehr der wohlbekannteren Bevölkerungspyramide, die auf dem Kopf steht. Um vor dem Hintergrund der umgekehrten Bevölkerungspyramide die Sozialsysteme längerfristig sichern zu können braucht unsere Gesellschaft u.a. auch wieder mehr Kinder. Aber nicht nur das: auch eine gesunde Wirtschaft und eine höhere Erwerbsquote der Frauen sind geeignete Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

Eine der zentralen Herausforderung ist deshalb u.a. die Erhöhung der Geburtenrate. Ohne entsprechende Kinderzahlen kollabiert jede Gesellschaft langfristig. Dieser Erkenntnis gilt es entschlossen entgegenzutreten.

Gründe für niedrige Geburtenraten

Es drängt sich natürlich die Frage auf, was die Gründe für die niedrige Geburtenrate sind bzw. sein könnten. Aus Gesprächen und zur Verfügung stehenden Informationen können folgende Gründe aufgeführt werden:

- Die Leistungen der Erziehenden werden gesellschaftlich zu wenig anerkannt und geschätzt.
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist verbesserungsfähig.
- Kinder bedeuten finanzielle Mehraufwendungen.
- Kinder können den Freiraum einschränken.
- Es mangelt an Teilzeitjobs und Aufstiegsmöglichkeiten für Qualifizierte in Teilzeitarbeit.

Familie und Berufstätigkeit lassen sich noch nicht zufrieden stellend vereinbaren. Tatsache ist, dass heute mehr Frauen als früher einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Eine Vielzahl von Familien ist auf einen Zweitverdienst angewiesen. Frauen erwerben dieselben Qualifikationen wie Männer und suchen ebenso wie diese Erfüllung und Anerkennung im Beruf. Scheiden Frauen aufgrund der Mutterschaft aus dem Berufsleben aus, gelingt es ihnen nur schwer oder zuweilen auch gar nicht, nach Jahren wieder in den Beruf einzusteigen oder eine Position auf der ehemaligen Karrierestufe zu erreichen.

Geschiedene Eltern sind in der Regel darauf angewiesen, dass beide Elternteile arbeiten, um der Armutsfalle zu entgehen. Ein entsprechendes Angebot an Teilzeitstellen ist jedoch nur begrenzt vorhanden.

Notwendige Angebote

Länder mit einer höheren Geburtenrate verfügen in der Regel über eine hohe Erwerbsquote von Frauen. Daraus kann gefolgert werden, dass Strukturen anzustreben sind, die es Eltern ermöglichen, Kinder zu haben und im Beruf zu verbleiben. Solche Strukturen ermöglichen es Frauen und Männern im Beruf Anerkennung und Erfüllung zu finden und das Haushaltsbudget zu verbessern. Damit wäre der Entscheid für Kinder oder weitere Kinder leichter zu fällen.

Grundhaltung

Grundsätzlich geht die Bürgerpartei von einem Weltbild aus, das Familien zugesteht, gemeinsam und im Sinne der Wahlfreiheit Verantwortung für die Kindererziehung und Kinderbetreuung zu übernehmen. Das Paar entscheidet somit selbst, welches das für sie beste Familien-, Arbeits- und Betreuungsmodell ist. Der Staat definiert und favorisiert weder ein bestimmtes Familienmodell, noch definiert er die Väter- und/oder Mütterrolle. Die Verantwortungsträger haben die Wahl, die Kinder entweder selbst zu erziehen oder von Angeboten der ausserhäuslichen Betreuung Gebrauch zu machen. Die Voraussetzungen müssen dergestalt sein, dass eine echte Wahlfreiheit für „Familie als Beruf“ oder „Familie und Beruf“ besteht.

Der Wahlspruch bzw. das Credo für die Familienpolitik der Bürgerpartei lautet:

„Familie als Beruf“ / „Familie und Beruf“

Massnahmen

Um dieser familienpolitischen Absichtserklärung gerecht zu werden, müssen konkrete Massnahmen eingeleitet und eingefordert werden. Dazu zählen unter anderen:

- Angebote wie Tagesschulen, Mittagstische, flexible Eingangszeiten in Kindergarten und Primarschulen
- Ganztagesbetreuung für Kinder ab dem Kindergartenalter (Vollbetreuung durch flexible Eingangszeiten, Mittagstisch, Hausaufgabenbetreuung, Nachmittagsbetreuung)
- Einführung eines Erziehungsgeldes für Familien in Liechtenstein (kein Export von Leistungen)
- Einführung der steuerlichen Anrechenbarkeit von Kosten für die ausserhäusliche Betreuung von Kindern sowie steuerliche Anrechenbarkeit von Betreuungskosten für ältere und kranke Menschen, die im gleichen Haushalt leben
- Erhöhung der steuerlichen Anrechenbarkeit der nachgewiesenen Ausbildungskosten der Kinder

Wirkung

Mit diesem Bündel an Massnahmen erhalten Eltern eine echte Wahlfreiheit: Elternteile, die sich selber voll der Familienarbeit als Beruf widmen, kommen in den Genuss einer finanziellen Anerkennung und ihre Leistungen erfahren eine Aufwertung. Eltern, die ihren Beruf ausüben wollen, erhalten eine Entschädigung für die notwendige ausserhäusliche Betreuung ihrer Kinder. Durch die Einführung eines flächendeckenden Ganztagsbetreuungsangebots für Kinder sollen Eltern mit kindergarten- und schulpflichtigen Kindern ferner grundsätzlich die Möglichkeit haben, einer (Teilzeit-) Beschäftigung nachgehen zu können.

Die Wahlmöglichkeiten sind damit gegeben und dem Kinderwunsch sollte erheblich weniger entgegenstehen.

Dabei darf nicht ausser Betracht bleiben, dass die ausserhäusliche Betreuung für viele Kinder auch eine Chance darstellt: lernen kann in einem sozialen Umfeld stattfinden, Kinder und Jugendliche erfahren Unterstützung und Orientierung und in vielen Fällen können Integrationshürden abgebaut werden.